



**Gut durch
die Krise.**

Bewährte Bilaterale

Medienmitteilung

10.01.2014

SVP-Masseneinwanderungsinitiative bringt mehr Staat und mehr Bürokratie, aber keine Lösung

Vertreterinnen und Vertreter des breit abgestützten Komitees beider Basel für ein NEIN zur SVP-Abschottungsinitiative betonten heute an einer Medienkonferenz, wie schädlich die Initiative besonders für die Region Basel sei. Gerade auch KMU seien davon betroffen, da die Initiative auch die zehntausenden von Grenzgängerinnen und Grenzgängern im Visier hat. Ein Nein am 9. Februar sei deshalb zwingend, so der Tenor.

«Statt Lösungen bringe die Initiative vor allem neue Probleme», betonte Barbara Gutzwiller, Direktorin des Arbeitgeberverbandes Basel. Die Einführung eines Kontingentssystems sei ein Rückschritt und nicht praxistauglich, wie bereits das heutige System der Drittstaatenkontingente aufzeige. Ausserdem sei die Schweiz allein aufgrund der demographischen Entwicklung auf Zuwanderung angewiesen, um das Wachstum der Wirtschaft nicht zu bremsen. Für Gabriel Barell, Direktor des Gewerbeverbandes Basel-Stadt, steht die Grenzgängerthematik klar im Vordergrund. Die Vermischung der Grenzgänger mit den anderen Kategorien des Ausländerrechts zeige, wie unsinnig die Initiative sei. Das Gewerbe sei auf Grenzgänger angewiesen, da der Schweizer Arbeitsmarkt in diesen Bereichen schlicht über zu wenig Arbeitskräfte verfüge. Mit der heutigen Regelung profitieren die KMU von einer unbürokratischen Regelung bei der Anstellung von Grenzgängerinnen und Grenzgängern. Der Vorschlag der SVP führe zu mehr Bürokratie und mehr Staatswirtschaft und damit wiederum zu grossen Einschränkungen für die Unternehmen. Ein flexibles Reagieren auf dem Arbeitsmarkt würde dadurch massiv erschwert.



**Gut durch
die Krise.**

Bewährte Bilaterale

Bilaterale I in Gefahr

Franz Saladin, der Direktor Handelskammer beider Basel, sowie die Baselbieter Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter betonten beide, wie stark der Verlust der Bilateralen I der Region und der Schweiz schaden würde. Die Gefahr der Kündigung der Verträge durch die EU sei gross und der Verhandlungsspielraum für Anpassungen seitens der Schweiz gering, da man auf den Goodwill der 28 Vertragsstaaten angewiesen sei, so Elisabeth Schneider-Schneiter. Sie betonte auch: Nicht nur die Verträge, sondern die langjährig erarbeitete und heute erfolgreiche europäische Zusammenarbeit würden unnötig auf Spiel gesetzt. Franz Saladin strich bei den bilateralen Verträgen vor allem die Forschungsabkommen heraus, die gerade für die Life Sciences enorm wichtig seien. Das Forschungsabkommen mit der EU ermögliche es, Einsitz in den EU-Forschungsrahmenprogrammen zu nehmen und so finanzielle Unterstützung für Forscher, Universitäten und Institutionen sowie für einzelne Schweizer Forschungsprojekte zu erhalten.

Wirtschaft und Politik gefordert

Die Basler Ständerätin Anita Fetz merkte an, dass unter dem alten Kontingentsregime die Einwanderung zeitweise wesentlich höher als heute gewesen sei. Ein Ja zur SVP-Initiative würde die Zuwanderung nicht reduzieren. Nur würde dann die Zuwanderung ohne flankierende Massnahmen geschehen. Diese seien aber das beste Mittel gegen Lohndumping und schützten die inländischen Arbeitnehmenden weit besser als ein bürokratisches Kontingentierungssystem.

Es reiche aber auch nicht, einfach gegen die Initiative anzutreten, die kein Problem löst, aber viele neue schafft. Es sei vielmehr zwingend nötig, überdurchschnittlich in den eigenen Fachkräftenachwuchs zu investieren, so Fetz abschliessend.





**Gut durch
die Krise.**

Bewährte Bilaterale

Weitere Informationen:

- Dr. Gabriel Barell, Direktor Gewerbeverband Basel-Stadt, Tel. 061 227 50 50
- Barbara Gutzwiller, Direktorin Arbeitgeberverband Basel, Tel. 061 205 96 00
- Dr. Franz A. Saladin, Direktor Handelskammer beider Basel. Tel 079 244 18 39